

## Zwölfte Sitzung – Douzième séance

Mittwoch, 19. Juni 1996

Mercredi 19 juin 1996

08.15 h

Vorsitz – Présidence:

Leuba Jean-François (L, VD)/Stamm Judith (C, LU)

96.022

### Rüstungsprogramm 1996 Programme d'armement 1996

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 1023 hiervoor – Voir page 1023 ci-devant

Art. 1 (Fortsetzung) – Art. 1 (suite)

**Loretan Otto** (C, VS): Die CVP-Fraktion lehnt den Minderheitsantrag Hubacher sowie den Eventualantrag Günter ab – dies aus vier Gründen:

1. «Tempora mutantur nos et mutamur in illis»: Die Zeiten ändern sich, und wir ändern uns mit ihnen. Es ist durchaus richtig zu sagen, dass sich die Bedrohungslage ändert – eine neue Bedrohungslage ist entstanden, der zum Teil nicht mit militärischen Mitteln begegnet werden kann. Es ist aber auch unbestritten, dass sich die Bedrohungslage unerwartet rasch gewandelt hat. Niemand kann uns die Zusicherung geben, dass wir in Zukunft nicht einem ähnlichen Wandel unterworfen sind.

2. Das Rüstungsprogramm 1996 baut auf dem Armeeleitbild 90 sowie auf dem Leitbild «Armee 95» auf. Der Armeeauftrag, der gestern von Bundesrat und verschiedenen Rednern umschrieben wurde, ist nach wie vor in Kraft. Das vorliegende Rüstungsprogramm reiht sich in die beiden Ausbauschritte – 1992–1995 sowie 1996–1999 – ein.

3. Es ist durchaus richtig, dass wir uns Gedanken über eine «Armee 2005» machen. Heute und hier sprechen wir aber zum Rüstungsprogramm 1996, und wir wollen zuerst diese Dinge erledigen, bevor wir uns in dieser Debatte mit Gedanken der «Armee 2005» im Detail beschäftigen. Wir werden darauf später sicher zurückkommen.

4. Wir brauchen für einmal Ruhe. «Armee 95» ist noch nicht in allen Teilen realisiert. Es scheint richtig zu sein, zuerst «Armee 95» zu realisieren, Ruhe in die Sache zu bringen und damit nicht dazu beizutragen, dass die Truppe und das Volk verunsichert werden. Es geht um die Glaubwürdigkeit der Armee.

Wir beantragen Ihnen, den Minderheitsantrag und den Eventualantrag Günter abzulehnen.

**Scheurer Rémy** (L, NE): Nous avons dit hier pourquoi le groupe libéral refusera la proposition de la minorité de la commission, défendue par M. Chiffelle à grand renfort de gestes de garçon-coiffeur, métier, au demeurant, tout à fait honorable.

Le groupe libéral s'opposera aussi à la proposition subsidiaire Günter. Cette proposition est deux fois curieuse. Comme elle émane d'un membre de la commission et qu'elle n'a pas été une proposition de minorité, j'en conclus que les commissaires socialistes avaient admis l'acquisition de ces douze chars pour la police militaire et qu'ils avaient admis aussi que la police militaire étant une force, elle avait besoin d'autres moyens que de ses brassards. Cette proposition est

une deuxième fois curieuse, car si la proposition de la minorité était acceptée, il serait possible d'acquiescer ces douze chars, puisque la minorité ne dit pas où les coupes de 300 millions de francs doivent être effectuées.

Certes, il s'est passé à Genève, en 1932, des événements graves, mais dont il faudrait admettre tout de même le caractère tragiquement accidentel. L'enseignement permanent des événements de 1932 est qu'il est hasardeux, dangereux et irresponsable d'avoir à maintenir l'ordre avec des hommes qui n'y sont pas préparés, qui ne savent pas faire sans bavure ce qui est et sera toujours un sale boulot, mais parfois un boulot nécessaire.

Cela dit, le sens du message du Conseil fédéral est clair. L'acquisition de ces véhicules pour la police militaire n'est en rien une menace pour l'ordre démocratique, fondé sur des libertés d'expression et de réunion. Ces véhicules sont affectés à la police militaire pour des missions de protection de conférences internationales, pour la protection d'aéroports ou pour d'autres missions en relation avec la place internationale qu'entend demeurer la Suisse.

Même si notre pays est moins souvent choisi aujourd'hui comme lieu de rencontres entre des parties en conflit à la recherche de la paix entre elles, notre tradition nous commande d'être prêts à assurer la sécurité de conférences, y compris de conférences à hauts risques, comme celle qui, sur notre territoire, a conduit aux accords d'Evian entre la France et le FLN.

L'armée et singulièrement la police militaire peuvent être appelées à exécuter ces tâches-là de sécurité, et ces douze véhicules sont un instrument pour l'exécution de ces tâches. Il faut avoir l'imagination encore plus morbide que fertile et, de surcroît, bien peu de confiance dans la force de notre démocratie pour supposer l'engagement de ces véhicules contre une manifestation, fût-elle bruyante, de citoyens respectables. En conclusion, nous constatons, d'une part, l'improvisation des critiques contre le programme d'armement, leur absence de fondement et de mesures; d'autre part, nous constatons la cohérence du programme et son adéquation à «Armée 95». Nous voterons donc en tout la continuité, la cohérence et la mesure.

**Gusset Wilfried** (F, TG): Die Umsetzung des Leitbildes «Armee 95» mit den neu definierten Aufgaben im Sicherheitsbereich verlangt nach entsprechenden Einsatzmitteln. Speziell die Beherrschung von Bedrohungen, die sich unterhalb der Kriegsschwelle und im Bereich der inneren Sicherheit unseres Landes bewegen, verlangt die Möglichkeit des subsidiären Einsatzes von Ordnungskräften der Armee. Wer ausgerechnet hier, im Bereich der inneren Sicherheit, unter fadenscheinigen Argumenten Abstriche an der Mittelbereitstellung vornehmen will, nimmt entsprechende Spekulationen über die tatsächlichen Hintergründe in Kauf. Sicherheit zu garantieren – als oberstes Ziel der Sicherheitspolitik – muss das Bestreben aller Kräfte in diesem Staat sein, denen am Überleben der Schweiz in der heutigen Form gelegen ist. Wer das Schaffen von Voraussetzungen für eine Intervention im Falle von inneren Unruhen verhindern will, muss sich der vorsorglichen Spekulation bezichtigen lassen, der Spekulation nämlich, dass es nicht das oberste Ziel eines politischen Engagements in diesem Bereich ist, die Sicherheit unter allen Umständen zu gewährleisten.

Freiräume offenzuhalten erachte ich als den wahren Grund des Eventualantrages Günter. Wer im Wissen um die demokratische Entscheidungsfindung zum Leitbild «Armee 95» dem Bataillon der Militärpolizei die für die Erfüllung des Auftrages notwendigen Fahrzeuge nicht zur Verfügung stellen will, betätigt sich als sicherheitspolitischer Totengräber.

Insbesondere ignoriert er auch die Veränderungen der Zusammensetzung der schweizerischen Bevölkerung. Es ist nicht wegzudiskutieren: Die ethnische und die religiöse Vielfalt stellen in einem Konfliktfall ein latentes Sicherheitsrisiko dar, das es bei der Mittelbereitstellung zu beachten gilt. Einen leichten Vorgeschmack der Brisanz haben wir bereits anlässlich der Kurdemonstrationen in absoluten Friedenszeiten erlebt.

Ich gebe zu, dass die Übungsanlage des Majors der Territorialeinheit etwas ungeschickt ausgefallen ist. Dies täuscht aber nicht darüber hinweg, dass sich das innere Konfliktpotential in unserem Land nicht verringert, sondern vergrössert hat. Wer dies ausser acht lässt, verschliesst die Augen vor den Realitäten.

Allerdings erachte ich diesen Eventualantrag auf Nichtbeschaffung der 12 Radschützenpanzer auch eher als Versuch, erneut eine Grundsatzdiskussion über die Aufgaben und vor allem den Bestand der Armee auszulösen. Dieser Versuch weckt mit Blick auf den Bestand insoweit Verständnis, als es gerade der Verteidigungsminister höchstpersönlich war, der die Bestandesfrage in den ersten Tagen nach seinem Amtsantritt zum Thema machte.

Die Haltung des Bundesrates zur Nato-Partnerschaft und die unklare Zuweisung des Stellenwerts der Gruppe Schoch durch Bundesrat Ogi haben diesen Raum für Diskussionen geschaffen. Die Truppe fragt sich heute angesichts dieser Thematik unter Umständen zu Recht, wieviel Sinn die Armee reform macht, wenn doch bereits jetzt, vor der Verwirklichung, von oberster Stelle Zweifel über deren Zielsetzung geäussert werden.

Die Umsetzung des Leitbilds «Armee 95» hat nach wie vor als Ganzes zu erfolgen. Einzelne Komponenten daraus herauszuberechnen – und sei es auch nur im Nichtzurverfügungstellen der benötigten Einsatzmittel – gefährdete die ganze Reorganisation, wäre Betrug am grössten Teil der schweizerischen Staatsbürger und ist somit klar abzulehnen.

Ich bitte Sie, den Eventualantrag Günter, der die Reduktion der Anzahl der zu beschaffenden Radschützenpanzer zum Ziel hat, abzulehnen. Dies nicht, weil Sie zwölf Einheiten eines weltweit führenden Spitzenproduktes aus dem Thurgau weniger erhalten würden, sondern deshalb, weil es unsere Pflicht ist, dem Schweizervolk unter allen Umständen und Vorzeichen die Sicherheit zu gewährleisten, die ihm mit dem Leitbild «Armee 95» zugesagt und versprochen wurde. Im Gegensatz zu Herrn Meier Hans bin ich der klaren Ansicht: Das Volk hat immer recht und ein legitimes Anrecht auf Sicherheit.

**Leu Josef (C, LU),** Berichterstatter: Die Minderheit Hubacher beantragt Ihnen, das Rüstungsprogramm 1996 um 300 Millionen Franken zu kürzen. Vorschläge, die nicht Beschaffungsreife haben, können nicht ernsthaft als «alternatives Rüstungsprogramm» herangezogen werden. Bekanntlich kann der Bestand der Armee nicht nur von der demographischen Entwicklung abhängen, sondern vor allem von Lage, Auftrag und verschiedenen gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Gerade unter dem Aspekt der verschiedenen gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen sind zweifellos auch die Anliegen, wie sie gestern von Herrn Carobbio aufgeführt wurden, zu berücksichtigen. Deswegen wurde ja auch vom Chef EMD, Herrn Bundesrat Ogi, eine entsprechende Kommission eingesetzt, die langfristige Perspektiven erarbeiten muss, um die künftige Ausrichtung unserer Armee zu gestalten.

Ich möchte drei kurze Bemerkungen zu Vorschlägen machen, wie sie von Herrn Hubacher angeführt worden sind:

1. Es wurde behauptet, die technologischen Einwände gegen die selbstzielsuchende Minenwerfermunition Strix seien ernst zu nehmen. Ich bezweifle dies. Die Strix-Munition ist zwar ein teures Geschoss, aber sie ermöglicht Panzerabwehr auf Distanz und setzt dank der gekrümmten Flugbahn den Schützen nicht dem Direktfeuer aus. Das würde doch ins Konzept Ihres Sicherheitsberaters Unterseher passen.

2. Sie haben ausgeführt, dass Funkgeräte, Feldtelefone, Richtstrahlstationen und Nachtsichtgeräte in zu grosser Anzahl beschafft würden. Sie gehen dabei von einer Bestandesgrösse von 150 000 Armeemitgliedern aus. Die Planungsgrösse von Bundesrat und Kommission liegt aber bei 300 000 Armeemitgliedern, wobei ich unterstreiche, dass das eine Planungsgrösse ist. Die zu beschaffenden Rüstungsgüter im Übermittlungsbereich werden, vor allem was die Funkgeräte betrifft, nur tranchenweise beschafft. Es ist zudem zu sagen, dass die Zuteilung auf diesen geplanten Ar-

meemitgliedbestand von 300 000 nicht linear erfolgt, sondern entsprechend den konkreten Bedürfnissen.

3. Sie haben vorgeschlagen, im Rüstungsprogramm 1996 die Kampfwertsteigerungen der Panzerhaubitzen zu forcieren. Ich muss Ihnen sagen, Herr Hubacher, dass dies für das Rüstungsprogramm 1998 vorgesehen ist. Im Moment läuft gerade eine solche Aktion (erste Tranche). Eine vorgezogene Kampfwertsteigerung ist daher nicht notwendig.

Ich bitte Sie, den Minderheitsantrag Hubacher abzulehnen. Ich komme kurz auf den Eventualantrag Günter zu sprechen. Dieser Antrag lag in der Kommission nicht vor. Im Sinne der erfolgten Kommissionsberatungen und der Haltung der Kommissionsmehrheit beantrage ich Ihnen, auch diesen Eventualantrag Günter abzulehnen. Ich begründe dies wie folgt:

Das Militärpolizeibataillon 1, welches keine Polizeiprofiftruppe, sondern bis auf einzelne Kommandanten und Offiziere eine Miliztruppe und somit nicht ständig verfügbar ist, braucht diese Radschützenpanzer dringend. Damit soll der Schutz der Insassen, zum Beispiel beim Transport von gefährdeten und verletzten Personen, gewährleistet und eine erhöhte Mobilität erreicht werden.

Die Radschützenpanzer dienen neben dem Schutz und Transport von gefährdeten Personen auch dem Schutz exponierter Armeemitglieder in gefährlichen Zonen. Sie dienen zudem der Mobilität bei Strassenhindernissen und bei Trümmerlage.

Wir sind gegenüber den Angehörigen des Militärpolizeibataillons 1 glaubwürdig, wenn wir ihnen zur Erfüllung ihres schwierigen und sensitiven Auftrages die entsprechenden Mittel geben. Das Militärpolizeibataillon 1 ist nämlich im Assistenzdienst vor allem vorgesehen für Konferenzschutz inklusive Personenschutz, dann für temporären Schutz von Objekten von nationaler Bedeutung und schliesslich für polizeiliche Sicherungsaufgaben, z. B. Unterstützung und Entlastung der zivilen Polizei in ausserordentlichen Lagen.

Im Falle eines Aktivdienstes gibt es zusätzlich Ordnungsdienst gemäss den im neuen Militärgesetz vorgesehenen Kriterien. Ordnungsdienst bedingt – wie Sie wissen – höchste politische Legitimation. Ich sehe nicht ein, wie Sie, Herr Günter, die ganze Angelegenheit in der Grauzone der Repression und als gegen die eigenen Leute gerichtet einstufen können. Das hat wenig mit der Sache, mehr aber mit Ideologie zu tun. Immerhin ist dieses Instrument politisch transparent und abgesichert. Es soll ja gerade mithelfen, in ganz bestimmten Situationen diese rechtsstaatlichen und demokratischen Einrichtungen zu schützen.

Und noch etwas: Das Militärpolizeibataillon 1 ist nicht im Rahmen der «Armee 95» neu gebildet worden. Das bisherige Heerespolizeibataillon 1 ist in gleicher Zusammensetzung lediglich in «Militärpolizeibataillon 1» umbenannt worden.

Abschliessend bitte ich Sie, diesem vielseitig einsetzbaren sicherheitspolizeilichen Milizverband die zeit- und sachgerechten Mittel zur Verfügung zu stellen und den Eventualantrag Günter abzulehnen.

**Eggly Jacques-Simon (L, GE),** rapporteur: J'aimerais d'abord répondre à M. Hubacher et, au fond, à la minorité qu'il représente.

Monsieur Hubacher, vous faites un reproche injuste au Conseil fédéral et à la majorité de ce Parlement en disant que l'on ferait comme si rien n'avait changé et que, finalement, on continuerait à présenter des programmes d'armement et des dépenses militaires comme si rien n'avait changé. Ce n'est pas vrai! Il y a quand même eu toute une réflexion précisément sur les changements. Il y a quand même eu la réforme «Armée 95». Il y a quand même maintenant une commission qui va être chargée, précisément, d'étudier les adaptations au nouveau contexte international, aux nouvelles menaces. Il y a donc véritablement un effort d'adaptation.

La question est de savoir si la réflexion sur les adaptations, la réflexion sur les changements du contexte international, doivent créer un automatisme de réduction des dépenses d'armement ou pas. Or, depuis que je vous écoute et depuis que j'écoute les socialistes dans cette salle, il y a toujours

une raison – jadis, c'était parce que, finalement, ça ne servait à rien face à l'URSS et à l'armement atomique; aujourd'hui, c'est parce que le mur de Berlin est tombé – pour dire qu'il faut s'adapter et qu'il faudrait dépenser moins.

La question du montant des dépenses et la question de l'adaptation de l'armée et de sa structure sont des questions distinctes: il n'y a pas d'automatisme. Ça n'est pas automatiquement parce que, peut-être, il faudra réduire les effectifs de l'armée, parce qu'il y aura peut-être une plus grande proportion de professionnels dans l'armée suisse, qu'il y aura besoin de moins de dépenses d'armement.

De toute façon, je l'ai déjà dit hier, la question de la réduction des effectifs sera étudiée. D'ailleurs, cette question a beaucoup de paramètres et nous pose aussi des problèmes quant à la cohésion du pays, quant à la signification de l'armée de milice dans ce pays, et, par conséquent, ce n'est pas de cette étude et de cette réflexion qu'on doit faire dépendre le vote d'un programme d'armement 1996.

Je vous dirai, Monsieur Hubacher, parce que vous avez dit des choses qui sont naturellement intéressantes, vous avez parlé des menaces des centrales nucléaires dans les pays d'Europe centrale et d'Europe de l'Est, que vous avez tout à fait raison, c'est une menace, une très grande menace. Il est incontestable que les pays occidentaux ont à s'occuper de cela et devraient probablement s'engager davantage pour diminuer la menace des centrales nucléaires en Europe centrale et en Europe de l'Est. Mais là encore, cette corrélation que vous faites entre une menace à laquelle je suis très sensible et une conséquence qui devrait être de réduire les dépenses d'armement, la majorité de la commission et du Parlement ne la fait pas.

Quant aux comparaisons avec des pays comme la Belgique ou autres, oui, nous sommes un pays qui respecte le principe de la neutralité armée. Nous avons une défense nationale qui appartient à notre souveraineté, à notre indépendance militaire, et nous comptons moins que les autres, par exemple moins que la Belgique, sur l'OTAN pour nous protéger. Par conséquent, notre politique nationale a aussi ses exigences dans le domaine militaire.

Enfin, en ce qui concerne le domaine social – abordé aussi par la minorité de la commission –, tout montre, dans l'évolution des dépenses, que l'accent a été mis bien davantage sur les dépenses sociales que sur les dépenses militaires durant les dernières années et les dernières décennies.

Par conséquent, au nom de la majorité de la commission, je vous demande de repousser la proposition de la minorité.

J'en arrive maintenant à la proposition subsidiaire Günther, au cas où la proposition de la minorité serait repoussée. Là aussi, Monsieur Günther, je crois que vous faites d'abord un reproche injuste quant à la forme. Vous dites: vous voyez, on n'en a pas parlé en commission, il y a seulement une phrase dans le message, ça montre qu'on a essayé d'escamoter; nous sommes des parlementaires de milice; si on ne regardait pas le texte à la loupe on pourrait très bien ne pas voir le problème. Mais, Monsieur Günther, s'il y a vraiment des problèmes si graves que cela, il est un peu dommage, tout parlementaire de milice que vous soyez, qu'il faille que ça soit un journal zurichois qui vous alerte pour que, tout d'un coup, vous disiez: voilà un problème très grave. Car, en commission, vous y étiez, le message, vous l'aviez, et vous aviez aussi des références en ce qui concerne les problèmes de sécurité intérieure, des références qui auraient pu vous alerter. Par conséquent, en commission, le problème n'a été jugé ni nouveau ni si grave, et c'est, tout d'un coup, parce que vous êtes à l'écoute, en quelque sorte, de la résonance médiatique, que vous prenez un air aussi ému. En effet, Monsieur Günther, il y a absolument toutes les références en ce qui concerne l'utilisation de ces douze chars de grenadiers, dits Piranha, pour les besoins de la police militaire.

D'abord, les modalités d'engagement de cette police militaire ont été longuement discutées, notamment au sein de la Commission de la politique de sécurité, du temps où M. Villiger était chef du département concerné. On sait depuis longtemps que la police militaire, donc que des éléments de l'armée, pourrait être appelée en renfort pour des services d'as-

sistance et en cas, naturellement, de service actif. Nous avons entendu des orateurs, notamment M. Scheurer tout à l'heure, qui ont bien dit qu'il y avait là des références historiques qu'il ne fallait pas oublier.

En 1932, à Genève, que s'est-il passé en effet? Il s'est passé qu'on a envoyé à Genève, pour rétablir l'ordre, des recrues mal préparées, mal équipées et c'est ça qui a fait déraiser la situation, c'est pour cela qu'il y a eu des catastrophes et même des morts.

Mais j'aimerais vous rappeler, Monsieur Günther, que c'est notamment pour soutenir des actions de paix que l'armée, la police militaire, peut être appelée en renfort des polices cantonales. Vous permettez à un Genevois, membre de surcroît de la Commission de politique extérieure, de vous rappeler que ces chars peuvent être engagés pour la protection des conférences internationales, engagés pour la protection des personnalités qui viennent discuter de la paix à Genève, engagés pour la protection de l'aéroport et que, par conséquent, rien que cela montre qu'il peut y avoir une utilisation hautement bienvenue de ces chars Piranha. D'autre part, ces chars peuvent aussi contribuer à l'installation de barrages routiers, toujours dans le cadre de protection, par exemple, de conférences internationales.

En ce qui concerne les forces d'intervention, je vous rappelle que la doctrine sait que ces forces de police militaire n'interviendraient qu'en appui des polices cantonales et que, en cas de maintien de l'ordre, elles pourraient, par exemple, être utilisées pour ouvrir des barricades, mais qu'en aucun cas elles ne seraient équipées de mitrailleuses. En aucun cas, il ne serait, par conséquent, prévu que ces chars puissent tirer sur la foule, ou encore moins, dans une sorte de fantasme, écraser je ne sais quels étudiants ou ouvriers qui manifesteraient. Il y a là véritablement une interprétation qui est fautive, qui est abusive, qui ne correspond pas à la doctrine et qui ne correspond nullement aux explications qui ont été données au cours des années.

Maintenant, naturellement, si nous étions en cas de service actif, de mobilisation générale, alors là, ces chars qui assurent la mobilité pourraient, par exemple, assurer la protection du général ou assurer la protection des conseillers fédéraux. Puis, enfin, en cas de guerre, ces chars, naturellement, pourraient aussi participer au combat; ils seraient utilisés de manière militaire.

Par conséquent, aux yeux de la majorité de la commission, je crois que je peux le dire, les conditions d'engagement sont respectées. Je le répète, la condition d'engagement la plus probable, la plus plausible et celle qui aura en tout cas lieu, c'est l'assistance ou, je dirais, l'appoint pour la protection non pas diplomatique, mais la protection des conférences pour la paix. Or, que je sache, Monsieur Günther, vous êtes aussi pour qu'on protège les conférences pour la paix. Je vous assure que la police genevoise, par exemple, sera bien heureuse de pouvoir éventuellement compter sur cette assistance de la police militaire. Je crois véritablement que cette sorte d'inquiétude que l'on veut jeter à propos de ces douze chars est une inquiétude qui est tout à fait mal fondée, qui n'est pas pertinente.

Je vous demande en toute tranquillité, au nom de la majorité de la commission, de refuser la proposition subsidiaire Günther, qui ne correspond à aucune réalité.

**Ogi Adolf, Bundesrat:** Herr Hubacher hat Ihnen namens der Minderheit beantragt, das Rüstungsprogramm 1996 um 300 Millionen Franken zu kürzen. Er hat Ihnen auch aufgezeigt, wie er diese Kürzungen vornehmen will und wie er die verbleibenden Mittel anders gewichten würde. Ich freue mich, dass sich Herr Hubacher und die Mehrheit der SP-Fraktion zur Armee bekennen und dass sie bei der Planung der Zukunft aktiv mittun wollen. Trotzdem bitte ich Sie, den Minderheitsantrag abzulehnen.

Es stimmt nicht, Herr Hubacher, dass wir die stärkste Armee Europas haben. Der Vergleich mit unseren Nachbarn ist nicht richtig. Wir dürfen nicht sozusagen Äpfel mit Birnen vergleichen. Der Vergleich mit unseren Nachbarn hinkt deshalb, weil wir im Gegensatz zu unseren Nachbarn keine stehende

Armee unterhalten, weil wir unsere Bestände nach der Mobilmachung nicht mit den stehenden Heeren der Nachbarn vor der Mobilmachung vergleichen können. Deutschland hat zum Beispiel ein stehendes Heer von 370 000 Armeeingehörig; der Mobilmachungsbestand beträgt aber 900 000 Armeeingehörige.

Der Vergleich ist auch aus anderen Gründen nicht richtig. Sie wissen als Spezialist sehr gut: Die Stärke einer Armee hängt nicht nur von den Beständen ab; sie lässt sich nicht nur in Anzahl Mann pro Quadratkilometer messen. Die Stärke einer Armee hängt auch von ihrem Offensivpotential ab, von ihrer Fähigkeit, Transporte über lange Distanzen in kurzer Zeit durchführen zu können, von ihrem Arsenal weitreichender Waffen, von ihrer Einbindung in ein satellitengeschütztes Aufklärungssystem, vom Ausbildungsstand vor der Mobilmachung und vor allem von den Mobilmachungszeiten.

Der Vergleich ist auch deshalb nicht richtig, weil wir uns autonom – ich betone: autonom – verteidigen wollen, weil wir Handlungsfreiheit bewahren wollen, weil wir, wie das Herr Leu gestern treffend ausgedrückt hat, keine sicherheitspolitischen Trittbrettfahrer sein wollen. Wir brauchen um so mehr Leute, je mehr wir selber mitmachen.

Auch der Vergleich mit Frankreich ist nicht ganz richtig. Wir brauchen keine schnellen Eingreiftruppen und wollen auch keine weltweite Präsenz; wir wollen einfach unser Land selber verteidigen. Das wollen wir soweit wie möglich und so lange wie möglich mit der Milizarmee tun. Die Milizarmee ist in unserem kleinen Land ein staatspolitisch wichtiger Träger. Die Milizarmee ist bürgernah; sie erfüllt eine wichtige und entscheidende Brückenfunktion. Solche Brücken zwischen Gesellschaft und Armee wollen wir nicht leichtfertig abbrechen. Eine Berufsarmee kann – Herr Hubacher weiss das besser als ich – zu einem Machtzentrum werden, und das will sicher auch Helmut Hubacher nicht.

Bleibt der Einwand, dass unsere Reformen zehn Jahre dauern, und bleibt die Bemerkung, dass in Frankreich alles viel schneller geht. Dieser Einwand trifft nicht zu. Was wir bis jetzt aus Frankreich gehört haben, ist nur der Startschuss zu einer umfassenden Wehrreform. Den Startschuss dürfen wir aber nicht mit der Zielankunft verwechseln. Die Umsetzung der Reform in Frankreich dauert nämlich bis ins Jahr 2002, also sechs Jahre. Genau so lange haben wir für die «Armee 95» gebraucht. Die «Armee 95» läuft seit dem 1. Januar 1995 respektive seit dem 1. Januar 1996.

Ich muss noch einen Vorwurf von mir weisen: Ich bin kein Armeehalbierer. Es macht einen Unterschied, ob Sie die überdimensionierten Bestände der Armee um einen Drittel auf ein vernünftiges Mass herunterfahren oder ob Sie die Rüstungsausgaben für eine schlanke Armee nochmals halbieren wollen. Ich stelle mich hinter das erste, aber nicht hinter das zweite.

Zum Antrag der Minderheit Hubacher: Herr Hubacher hat recht, wenn er sich um die Sicherheit der Kernkraftwerke im Osten sorgt. Er hat recht, wenn er sagt, dass uns von dort Gefahr droht. Er hat aber nicht recht, wenn er verlangt, die Rüstungsausgaben auf die Sanierung der Kernkraftwerke umzuleiten. Man soll das eine tun und selbstverständlich das andere nicht lassen. Ich bitte Sie noch einmal, den Antrag der Minderheit Hubacher abzulehnen.

Zum Eventualantrag Günter: Herr Günter will das Rüstungsprogramm 1996 um 13,6 Millionen Franken kürzen. Das entspricht dem Gegenwert von 12 Radschützenpanzern für die Militärpolizei. Ich bitte Sie, diesen Eventualantrag abzulehnen, und zwar deshalb, weil Auftrag und Einsatz der Militärpolizei den Vorgaben von Armeeleitbild und Militärorganisation entsprechen. Dem haben Sie zugestimmt. Ich bitte Sie, den Eventualantrag auch deshalb abzulehnen, weil die Ausrüstung dem Auftrag entsprechen muss. Wir haben mit offenen Karten gespielt, die Zuteilung der Radschützenpanzer in der Botschaft ausgewiesen und sie in Thun der Kommission erläutert. Ich bitte Sie, diesen Eventualantrag auch abzulehnen, weil die Militärpolizei mehrheitlich eine Miliztruppe ist, weil wir ihr mit den Radschützenpanzern den nötigen Schutz bieten können und bieten müssen und weil die Radschützenpanzer der Militärpolizei keine Bordbewaffnung mitführen.

Wer etwas anderes sagt, sagt nicht die Wahrheit. Ich bitte Sie, diesen Eventualantrag auch abzulehnen, weil die Militärpolizei nur dann im Ordnungsdienst eingesetzt wird, wenn Sie und der Bundesrat dem zustimmen. Wichtig ist, dass Sie schliesslich zur Kenntnis nehmen, dass die Militärpolizei in erster Linie dazu da ist, die zivile Behörde beim Schutz von Konferenzen, beim Schutz von sehr wichtigen Objekten, bei Verwundetentransporten und bei der Sicherung und Abspernung von Katastrophengebieten zu unterstützen.

Sie haben vom Armeeleitbild Kenntnis genommen. Sie haben der Militärorganisation zugestimmt. Sie haben damit auch zu den verschiedenen Einsatzarten der Armee ja gesagt. Sie haben damit auch zur Militärpolizei ja gesagt. Zum Einwand, das Militärpolizeibataillon 1 sei im Rahmen von «Armee 95» neu gebildet worden, möchte ich als Tatsache festhalten, dass nur die Benennung des Bataillons geändert hat. Im Rahmen von «Armee 95» ist die bisherige Heerespolizei, das Heerespolizeibataillon 1, in der gleichen Zusammensetzung wie bisher – eine Stabskompanie, 4 Militärpolizei-Grenadierkompanien, eine Schutzkompanie für den Schutz des Oberbefehlshabers der Armee – neu als Militärpolizeibataillon 1 bezeichnet worden. Das ist die Situation; sie ist in der Botschaft klar dargestellt. Das ist der Antrag, den Ihnen der Bundesrat vorlegt.

Ich bitte Sie, auch den Eventualantrag Günter abzulehnen.

**Günter Paul (S, BE):** Nachdem nun mehrfach darüber philosophiert worden ist, wo mein Antrag herkommt und zu welchem Zeitpunkt er entstanden ist, möchte ich noch einmal folgendes festhalten:

Die SP-Mitglieder der SiK haben sich bereits am 15. April bei der Demonstration nach dem Zweck dieser Radschützenpanzer erkundigt und dort unbefriedigende Auskünfte erhalten. Konkret: Im Plenum hat man uns auf die Gruppe vertröstet, und auch dort haben wir unbefriedigende Auskünfte erhalten. Unser Problem mit diesem Gefährt hat also dort begonnen, und dort liegt der Grund, warum wir schliesslich diesen Antrag gestellt haben.

Herrn Eggly möchte ich nur sagen: Ich bin sehr dafür, dass man internationale Konferenzen schützt, denn sie können gefährdet sein. Aber ich bin der Meinung, man sollte sie mit Profis schützen, also mit der kompetenten Polizei, und nicht mit WK-Soldaten.

*Abs. 1 – Al. 1  
Angenommen – Adopté*

*Abs. 2 – Al. 2*

*Namentliche Eventualabstimmung  
Vote préliminaire, nominatif  
(Ref.: 0548)*

*Für den Antrag der Mehrheit stimmen:  
Votant pour la proposition de la majorité:*

Aregger, Bangerter, Baumann Alexander, Baumberger, Bezola, Binder, Bircher, Blaser, Blocher, Bonny, Borer, Bortoluzzi, Bosshard, Brunner Toni, Bühler, Caccia, Cavadini Adriano, Christen, Columberg, Comby, Couchepin, David, Deiss, Dettling, Dormann, Ducrot, Dünki, Dupraz, Durrer, Eberhard, Egerszegi, Eggly, Ehrler, Engelberger, Engler, Epiney, Fehr Lisbeth, Filliez, Fischer-Häggingen, Fischer-Seengen, Föhn, Freund, Frey Claude, Frey Walter, Friderici, Fritschi, Giezendanner, Gros Jean-Michel, Grossenbacher, Guisan, Gusset, Hasler, Heberlein, Hess Otto, Hess Peter, Hochreutener, Imhof, Kofmel, Kühne, Kunz, Lachat, Langenberger, Lauper, Leu, Loeb, Loretan Otto, Löttscher, Maurer, Meier Samuel, Moser, Mühlemann, Müller Erich, Nabholz, Nebiker, Oehrli, Pelli, Philipona, Pidoux, Randegger, Ratti, Ruckstuhl, Ruf, Sandoz Marcel, Sandoz Suzette, Schenk, Scherrer Jürg, Scherrer Werner, Scheurer, Schlüer, Schmid Odilo, Schmid Samuel, Schmied Walter, Speck, Stamm Judith, Stamm Luzi, Steffen, Steinegger, Steinemann, Steiner, Straumann, Theiler, Tschopp, Tschuppert, Vallender, Vetterli, Vogel, Widrig, Wittenwiler, Wyss, Zapfl, Zwygart (111)

*Für den Antrag der Minderheit stimmen:  
Votant pour la proposition de la minorité:*

Aeppli, Alder, Banga, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Bäumlín, Béguelin, Berberat, Borel, Bühlmann, Cavalli, Chiffelle, de Dardel, Fankhauser, Fasel, von Felten, Gonseth, Gross Andreas, Gross Jost, Günter, Gysin Remo, Haering Binder, Hafner, Hämmerle, Herczog, Hollenstein, Hubacher, Hubmann, Jans, Jeanprêtre, Jöri, Jutzet, Leemann, Leuenberger, Marti Werner, Maury Pasquier, Meyer Theo, Müller-Hemmi, Ostermann, Rechsteiner Paul, Rechsteiner Rudolf, Rennwald, Roth, Ruffy, Semadeni, Simon, Spielmann, Teuscher, Thanei, Thür, Tschäppät, Vermot, Vollmer, Weber Agnes, Wiederkehr, Zbinden, Ziegler, Zisyadis (58)

*Stimmen nicht – Ne votent pas:*

Aguet, von Allmen, Bodenmann, Carobbio, Diener, Dreher, Eymann, Fehr Hans, Gadiant, Goll, Grendelmeier, Grobet, Gysin Hans Rudolf, Hegetschweiler, Hilber, Keller, Ledergerber, Maitre, Maspoli, Meier Hans, Pini, Raggenbass, Rycken, Seiler Hanspeter, Strahm, Stucky, Stump, Suter, Weigelt, Weyeneth (30)

*Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:*

Leuba (1)

*Definitiv – Définitivement*

Für den Antrag der Mehrheit 111 Stimmen  
Für den Eventualantrag Günter 58 Stimmen

*Ausgabenbremse – Frein aux dépenses*

*Abstimmung – Vote*

Für Annahme der Ausgabe 114 Stimmen  
Dagegen 54 Stimmen

*Das qualifizierte Mehr ist erreicht*

*La majorité qualifiée est acquise*

### Art. 2, 3

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

*Namentliche Gesamtabstimmung*

*Vote sur l'ensemble, nominatif*

(Ref.: 0538)

*Für Annahme des Entwurfs stimmen – Accepter le projet:*

Aregger, Bangarter, Baumann Alexander, Baumberger, Bezola, Binder, Bircher, Blaser, Blocher, Bonny, Borer, Bortoluzzi, Bosshard, Brunner Toni, Bühler, Caccia, Cavadini Adriano, Christen, Columberg, Comby, Couchepin, David, Deiss, Dettling, Dormann, Ducrot, Dünki, Dupraz, Durrer, Eberhard, Egerszegi, Eggly, Ehrler, Engelberger, Engler, Epiney, Fehr Lisbeth, Filliez, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Föhn, Freund, Frey Claude, Frey Walter, Friderici, Fritschi, Giezen-danner, Gros Jean-Michel, Grossenbacher, Guisan, Gusset, Hasler, Heberlein, Hess Otto, Hess Peter, Hochreutener, Imhof, Kofmel, Kühne, Kunz, Lachat, Langenberger, Lauper, Leu, Loeb, Loretan Otto, Lötscher, Maurer, Meier Samuel, Moser, Mühlemann, Müller Erich, Nabholz, Nebiker, Oehrli, Pelli, Philipona, Pidoux, Raggenbass, Randegger, Ratti, Ruckstuhl, Ruf, Sandoz Marcel, Sandoz Suzette, Schenk, Scherrer Jürg, Scherrer Werner, Scheurer, Schläuer, Schmid Odilo, Schmid Samuel, Schmied Walter, Speck, Stamm Judith, Stamm Luzi, Steffen, Steinegger, Steinemann, Steiner, Straumann, Theiler, Tschopp, Tschuppert, Vallender, Vetterli, Vogel, Widrig, Wittenwiler, Wyss, Zapfl, Zwygart (112)

*Dagegen stimmen – Rejetent le projet:*

Aeppli, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Bäumlín, Béguelin, Berberat, Bodenmann, Borel, Bühlmann, Cavalli,

Chiffelle, de Dardel, Fankhauser, Fasel, von Felten, Gonseth, Gross Andreas, Günter, Gysin Remo, Haering Binder, Hafner, Hämmerle, Herczog, Hollenstein, Hubacher, Hubmann, Jans, Jeanprêtre, Jöri, Jutzet, Leemann, Leuenberger, Maury Pasquier, Meyer Theo, Müller-Hemmi, Ostermann, Rechsteiner Paul, Rechsteiner Rudolf, Rennwald, Roth, Ruffy, Semadeni, Spielmann, Teuscher, Thanei, Thür, Vermot, Vollmer, Weber Agnes, Wiederkehr, Zbinden, Ziegler, Zisyadis (53)

*Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:*

Alder, Banga, Gross Jost, Marti Werner, Simon, Tschäppät (6)

*Stimmen nicht – Ne votent pas:*

Aguet, von Allmen, Carobbio, Diener, Dreher, Eymann, Fehr Hans, Gadiant, Goll, Grendelmeier, Grobet, Gysin Hans Rudolf, Hegetschweiler, Hilber, Keller, Ledergerber, Maitre, Maspoli, Meier Hans, Pini, Rycken, Seiler Hanspeter, Strahm, Stucky, Stump, Suter, Weigelt, Weyeneth (28)

*Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:*

Leuba (1)

*An den Ständerat – Au Conseil des Etats*

95.075

## Delegation bei der Interparlamentarischen Union. Bericht 1994

### Délégation auprès de l'Union interparlementaire. Rapport 1994

Beschluss des Ständerates vom 18. Juni 1996

Décision du Conseil des Etats du 18 juin 1996

Kategorie V, Art. 68 GRN – Catégorie V, art. 68 RCN

**Borel** François (S, NE) unterbreitet im Namen der Delegation bei der Interparlamentarischen Union den folgenden schriftlichen Bericht:

#### 1. Überblick

Die Interparlamentarische Union (IPU) trat im Jahre 1994 mehrmals zusammen: an der 91. Konferenz vom 21. bis zum 26. März in Paris, an der Konferenz für Asien und den pazifischen Raum zum Thema «Wissenschaft und Technologie für eine nachhaltige regionale Entwicklung» vom 13. bis zum 17. Juni in Tokio, an der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum vom 2. Juli in Cagliari (Sardinien), an der Parlamentariertagung vom 7. September anlässlich der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo (Ägypten) sowie an der 92. Konferenz vom 12. bis zum 17. September in Kopenhagen.

An der Konferenz in Kopenhagen nahmen alle acht Delegationsmitglieder teil, in Paris fehlte nur Rosemarie Simmen, die durch Gret Haller, die damalige Nationalratspräsidentin, ersetzt wurde. Markus Kündig nahm an der Konferenz in Tokio, Anton Keller an jener in Cagliari teil. In Kairo war die Schweiz durch Rosmarie Bär, Elisabeth Caspar-Hutter, Leni Robert und Eva Segmüller vertreten.

Die Themenschwerpunkte in Paris und Kopenhagen lauteten wie folgt:

Paris

– Konfliktverhütung, Rolle und Mittel der Vereinten Nationen und der regionalen Organisationen bei der Wahrung und Festigung des Friedens (Redner: Georg Stucky und Anton Keller);

## Rüstungsprogramm 1996

### Programme d'armement 1996

|                     |  |
|---------------------|--|
| In                  | Amtliches Bulletin der Bundesversammlung     |
| Dans                | Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale    |
| In                  | Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale |
| Jahr                | 1996   |
| Année               |  |
| Anno                |  |
| Band                | II   |
| Volume              |  |
| Volume              |  |
| Session             | Sommersession                                |
| Session             | Session d'été                                |
| Sessione            | Sessione estiva                              |
| Rat                 | Nationalrat                                  |
| Conseil             | Conseil national                             |
| Consiglio           | Consiglio nazionale                          |
| Sitzung             | 12   |
| Séance              |  |
| Seduta              |  |
| Geschäftsnummer     | 96.022                                       |
| Numéro d'objet      |  |
| Numero dell'oggetto |  |
| Datum               | 19.06.1996 - 08:15                           |
| Date                |  |
| Data                |  |
| Seite               | 1040-1044                                    |
| Page                |  |
| Pagina              |  |
| Ref. No             | 20 040 387                                   |

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.  
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.  
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.